

7 statt 29 Millionen Franken Defizit und eine Steuerfusserhöhung um drei Prozentpunkte

Das Budget ist nur noch hellrot

Der neue Staatsvoranschlag, den die Regierung am Dienstag präsentierte, sieht ein viel kleineres Defizit vor als das abgelehnte Budget. Enthalten ist auch ein kleines Entgegenkommen an die SP und die Juso.



Rosmarie Widmer Gysel stellte ein deutlich besseres Budget vor. Im Vordergrund studiert Christian Amsler die Sparmassnahmen in der Bildung. Foto: Peter Pfister

■ Mattias Greuter

Nach der Ablehnung des Budgets bei der Volksabstimmung vom 12. April musste die Regierung über die Bücher. «Das Erstellen eines neuen Voranschlages war eine grosse Arbeit, die in aller Schnelle gemacht werden musste», sagte Regierungspräsident Ernst Landolt am Dienstag, als die Regierung zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons eine neue Version des Budgets präsentieren musste.

Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel erklärte, es sei eine Ausnahmesituation, dass man bei der Budgetierung bereits den Rechnungsabschluss des Vorjahres und Erfahrungswerte aus den ersten Monaten des Budgetjahres berücksichtigen könne. Auf Grund dieser Informationen präsentierte Widmer Gysel ein deutlich besseres Budget: Das Defizit der laufenden Rechnung sinkt im Vergleich zum abgelehnten Budget um 22,2 Millionen Franken auf 6,9 Millionen Franken. Dieser

grosse Unterschied entstand auf Grund einer Reihe von Faktoren: Die Steuereinnahmen werden laut aktuellen Hochrechnungen insgesamt 17,6 Millionen Franken höher ausfallen. Im besseren Abschluss berücksichtigt sind auch die Ausschüttungen der Nationalbank (12,9 Millionen Franken) und der Kantonalbank (1,6 Millionen Franken). Ausserdem fallen die Ausgaben für die Prämienverbilligung tiefer aus als im alten Budget befürchtet. Negativ wirken sich der inzwischen bekannte Ausfall der Axpo-Ausschüttungen und die um 7,3 Millionen Franken höheren Ausgaben im Gesundheitsbereich aus.

Trotz besserem Ergebnis beantragt die Regierung dem Kantonsrat erneut, den Steuerfuss um drei Prozentpunkte zu erhöhen. Bei der Beratung des abgelehnten Budgets hatte das Parlament nur eine Erhöhung um zwei Prozentpunkte bewilligt. Ebenfalls festhalten will die Regierung an der Lohnerhöhung für das Staatspersonal.

Das neue Budget

(in Millionen Franken)

Laufende Rechnung

Aufwand	682,2
Ertrag	675,3
Ergebnis	- 6,9
Nettoinvestitionen	22,2

Selbstfinanzierungsgrad	53,9 %
Steuerfuss	115 %
Lohnentwicklung	+ 0,8 %

Die Regierung kommt den Referendumsführern in einem einzigen Punkt entgegen: Bei den Behindertenheimen und -institutionen sollen 330'000 Franken weniger gespart werden als vorgesehen, und zwar auch in den kommenden Jahren; die entsprechenden Massnahmen im Entlastungsprogramm werden angepasst. Einige weitere Massnahmen, welche die SP und die Juso kritisiert hatten, werden aus dem Paket gestrichen – allerdings heisst das nicht, dass die Einsparungen rückgängig gemacht werden. Sie werden nur deshalb nicht mehr im Entlastungsprogramm aufgeführt, weil sie bereits umgesetzt oder eingeleitet sind. Es handelt sich dabei um die erste Tranche der Kürzung bei der Kantonsarchäologie und um Streichungen beim Berufsvorbereitungsjahr, bei der Vorlehre Gesundheit und bei der KV-Vorlehre.

Die weiteren Sparmassnahmen, welche von SP und Juso bekämpft werden, bleiben im Sparpaket. Sie betreffen die Investitionsbeiträge an IV-Heime, die Kantonsschule, J+S-Kurse, gestalterische Vorkurse, Berufsmatura und Handelsmittelschule, die Höhere Fachschule für Wirtschaft, die Höhere Fachschule für Pflege und Investitions- und Baubeiträge im Bereich Berufsbildung.

Rosmarie Widmer Gysel betonte, die Regierung halte am Entlastungspaket fest: «Am strukturellen Defizit von 40 Millionen Franken ändert sich kein Jota.»